



NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses
am 18. März 2020
Rathaus, Raum 22 (EG), Schlossplatz 6, Wiesbaden

<u>Vorsitz :</u>	Stephan Belz
Anwesende Ausschussmitglieder:	siehe Anlage 1
Ferner anwesend:	siehe Anlage 2
Tagesordnung:	siehe Anlage 3
Veröffentlichung:	siehe Anlage 4
Beginn: 17:05 Uhr	Ende: 17:50 Uhr

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenbände zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der öffentlichen und nicht-öffentlichen Drucksachenlisten 05/20 bis 08/20.

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigelegt.

Die Sitzung ist gemäß § 88 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet. Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt der Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

StV. Gabriel vertreten durch StV. Güler
StV. Dr. Müller vertreten durch StV. Seldenreich
StV. Obergfell nicht anwesend

Tagesordnung I

Seite 2 der Niederschrift über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 18. März 2020

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0052 Tagesordnung

Der Tagesordnung wird unter Berücksichtigung der folgenden Änderungen zugestimmt:

Es wird umgesetzt von TO II auf TO I der TOP 22 „Umgestaltung der Rheinuferfläche Kransand“ (20-V-66-0302).

Es werden abgesetzt von der Tagesordnung I die Tagesordnungspunkte 10 „Sicherung der Aartalbahn“ (20-V-05-0009) und 11 „Neubau Bürgerhaus Kastel und Kostheim“ (20-V-10-0001) sowie der von der Tagesordnung II auf TO I umgesetzte Tagesordnungspunkt 22 „Umgestaltung der Rheinuferfläche Kransand“ (20-V-66-0302).

Die Beratung dieser Punkte ist für die nächste Sitzung vorgesehen.

Die SV „Beitragsverzicht“ (20-V-06-0002) wird mit 2/3-Mehrheit in die Tagesordnung aufgenommen.

Die Tagesordnungspunkte 1 bis 8 der TO I werden auf die nächste Sitzung geschoben.

Einstimmig

0078 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung am 05.02.2020

Der Tagesordnungspunkt wird vertagt.

Einstimmig

0079 20-F-21-0011

Einnahmeerwartung aus Bußgeldern

-Antrag von SPD, CDU, Bündnis90/Die Grünen vom 11. März 2020-

Der Tagesordnungspunkt wird auf die nächste Sitzung verschoben.

Einstimmig

0087 20-F-10-0007 (Nachtrag zur TO)

Vergleichbarkeit durch turnusmäßige Wiederholung der Befragung „Das Sicherheitsgefühl junger Wiesbadenerinnen und Wiesbadener“

-Antrag der AfD-Stadtverordnetenfraktion vom 11. März 2020-

Der Tagesordnungspunkt wird auf die nächste Sitzung verschoben.

Einstimmig

0080 20-F-05-0018

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Finanzierung des geplanten Citybahn
Projektes
-Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 11.03.2020-

Der Tagesordnungspunkt wird auf die nächste Sitzung verschoben.

Einstimmig

0081 20-F-08-0029

Übernahme der bislang in Leiharbeit tätigen Verkehrspolizist*innen in den Dienst der
Landeshauptstadt Wiesbaden
-Antrag der LINKE&PIRATEN Rathausfraktion Wiesbaden vom 11.03.2020-

Der Tagesordnungspunkt wird auf die nächste Sitzung verschoben.

Einstimmig

0082 20-F-05-0019

Auswirkungen der Corona-Epidemie auf den städtischen Haushalt
-Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 11.03.2020-

Der Tagesordnungspunkt wird auf die nächste Sitzung verschoben.

Einstimmig

0083 19-F-05-0046

Evaluierung der Waffenverbotszone - Aufgabenbereich der Landespolizei
-Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 27.11.2019-

Der Tagesordnungspunkt wird auf die nächste Sitzung verschoben.

Einstimmig

0084 19-F-08-0027

Verhältnismäßigkeit der Waffenverbotszone
- Antrag von L&P vom 30.04.2019 -

Der Tagesordnungspunkt wird auf die nächste Sitzung verschoben.

Einstimmig

0085 Bericht des Stadtkämmerers zur aktuellen Haushaltssituation

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

Der Tagesordnungspunkt wird auf die nächste Sitzung verschoben.

Einstimmig

0088 20-V-02-0002 (Kurznachtrag zur TO)

Neukonzeption Eiszeit

Vorlage in der Fassung des beschlossenen Änderungsantrags von SPD und CDU gegen Bündnis90/Die Grünen und L&P beschlossen,

geänderte Fassung von Nr. 2 (Änderungsantrag von SPD und CDU) bei Enthaltung Bündnis90/Die Grünen und L&P beschlossen

Protokollnotiz der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Die Grüne Fraktion kann der Sitzungsvorlage nicht zustimmen solange nicht durch eine Ökobilanz geklärt ist, ob aus Klimaschutzgründen Synthetikeis vorteilhafter gegenüber Natureis wäre.

Die durch die Stadtverordnetenversammlung am 27.06.2019 beschlossene Erklärung des Klimanotstands beinhaltet den Auftrag, alle klimarelevanten Vorhaben, Projekte und Prozesse zu identifizieren, hinsichtlich ihrer Klimafolgen zu bewerten und mit Blick auf ihren Beitrag zur Erreichung der Klimaschutzziele sowie auf Optimierungspotenziale und ggf. Kompensationsmöglichkeiten zu prüfen. Klimafreundlichere Alternativen sind zu entwickeln und abzuwägen.

Die Grüne Fraktion hält es daher für erforderlich, vor der Neu-Ausschreibung der Eiszeit einen ökobilanziellen Vergleich zwischen einer Natureisfläche und einer Synthetischen Eisfläche für die beabsichtigte fünfjährige Vertragslaufzeit der Eisbahn als Entscheidungsgrundlage für die Ausschreibung zu beauftragen. Die Bilanz sollte insbesondere den CO₂-Ausstoß bei der Produktion und der Entsorgung der Kunsteisplatten bezogen auf die anzunehmende Nutzungsdauer einbeziehen, sowie die Verbräuche von Energie und Wasser einer Natureisbahn inkl. der Angabe des hiermit verbundenen CO₂-Ausstoßes über die Vertragslaufzeit von 5 Jahren.

Die Ausschreibung für die Eiszeit soll erst nach Vorlage der dieser Ökobilanz durchgeführt werden und ist an dem ökologisch vorteilhafteren Verfahren zu orientieren.

Der Antrag der Fraktion L&P, die Vergabe auf zwei Jahre zu begrenzen, wird gegen die Stimmen von Bündnis90/Die Grünen und L&P abgelehnt.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0089 20-F-11-0001 (Kurznachtrag zur TO)

Eiszeit in Wiesbaden
- Bericht des Dezernates II vom 28.02.2020 -

Einstimmig (Kenntnisnahme)

0091 20-F-03-0004

Ökobilanz Eiszeit
-Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Tagesordnungspunkt „Neukonzeption Eiszeit“ der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 18. März 2020-

Antrag abgelehnt gegen Grüne und L&P

Nr. 1 mündlich geändert (Vorlage an den Haupt- und Finanzausschuss)

0086 Verschiedenes

Stadtkämmerer Imholz berichtet über die geplante Sitzungsvorlage zur Unterstützung der Arbeit des Verwaltungsstabes Corona.

Tagesordnung II

0053 14-V-10-0012

Neubau Haus der Vereine Dotzheim - Ausführungsvorlage

einstimmig (Kenntnisnahme)

0054 19-V-02-8012

Fortsetzung des Arbeitsmarktprojektes "Helfer und Helferinnen an Schulen" -
Verlängerung 2020 - 2021

Enthaltung AfD und L&P

0055 19-V-20-0026

Übersicht der durch den Magistrat bis 30.06.2019 genehmigten über- und
außerplanmäßigen Ausgaben

Einstimmig

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0056 19-V-40-0009

Gerhart-Hauptmann-Schule - Bau einer 4 Feld-Sporthalle

Enthaltung L&P

Protokollnotiz Bündnis 90/Die Grünen:

Bündnis 90/Die Grünen weisen darauf hin, dass der Neubau einer Sporthalle für die Gerhard-Hauptmann-Schule nur unter Berücksichtigung einer Planung zu einer zukünftigen Parkgarage in direkter Nachbarschaft der neuen Halle erfolgen kann.

Sämtliche Planungen in Bezug auf die Wahl von Baufeldern, Verkehrswegen und Baukubatur müssen hierauf Rücksicht nehmen und auf Festlegungen verzichten, die dieses gesondert zu betrachtende Vorhaben undurchführbar machen würden.

0057 19-V-51-0016

Ausbau der Beratungsstelle "Barrierefreies Wohnen"

Enthaltung AfD

0058 20-V-03-0001

Wirtschaftsplanung Stiftung Stadtmuseum 2019, 2020-2021

Enthaltung AfD

0059 20-V-03-0003

Neue Integrierte Gesamtschule (IGS) - Grundsatzvorlage

Enthaltung L&P

0060 20-V-05-0003

Bestellbefugnis im ÖPNV im Zusammenhang mit der Direktvergabe der Landeshauptstadt Mainz an die Mainzer Verkehrsgesellschaft mbH

Enthaltung FDP

0061 20-V-05-0008

Vorabfreigabe von Mitteln des Dezernates V für das 1. Halbjahr 2020

gegen AfD

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0062 20-V-05-0009

Sicherung der Aartalbahn-Infrastruktur durch die Landeshauptstadt Wiesbaden

Absetzung, Wiedervorlage nächste Sitzung

0063 20-V-10-0001

Neubau Bürgerhaus Kastel-Kostheim;
Ergebnis des Architektenwettbewerbs - Grundsatzvorlage

Absetzung, Wiedervorlage nächste Sitzung

0064 20-V-20-0006

Halbjährlicher Bericht (II/2019) über die Aufnahme von Darlehen und langfristigen
Kassenkrediten

Einstimmig

0065 20-V-20-0010

Vorlage der durch den Stadtkämmerer vom 01.07. bis 31.12.2019 genehmigten über- und
außerplanmäßigen Ausgaben

Einstimmig

0066 20-V-20-0012

Haushaltsplan 2020/2021 (Liquiditätsnachweis)

Einstimmig

0067 20-V-40-0007

Gymnasium-am-Mosbacher-Berg - Neubau Verwaltungsgebäude und Rückkehr zu G9 -
Ausführungsvorlage

Punkte 3 und 5 Enthaltung L&P

Protokollnotiz Bündnis 90/Die Grünen:

Bündnis 90/Die Grünen erwarten eine optimale Zusammenarbeit beim Übergang des
Projektes vom Hochbauamt zur WiBau und bitten im weiteren Verlauf der Planungen
sowohl um die Vorlage des abgestimmten Planes über die mit dem Grünflächenamt
abgestimmten Ersatzpflanzungen als auch über Aussagen zu energieeffizientem Bauen,
PV-Anlagen, Dachbegrünung, etc.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0068 20-V-51-0003

Schulsozialarbeit an Haupt- und Realschulen

einstimmig

Protokollerklärung der CDU-Rathausfraktion (Bündnis 90/Die Grünen sind dieser Protokollerklärung beigetreten):

1. Die Schulsozialarbeit ist ein wichtiges und unverzichtbares Element an Schulen. Deshalb begrüßt die CDU-Rathausfraktion grds. die Initiative des zuständigen Dezernates.
2. Gleichwohl ist es auch Aufgabe der Stadtverordneten, Verwaltung und Magistrat zu kontrollieren.
3. In der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Integration und Familie am 11. März 2020 hat die CDU-Fraktion dazu folgende Berichtsanträge gestellt:
 - a) aktuelle Zahlen vorzulegen welche Schulen mit wie vielen Sozialarbeiter/innen ausgestattet sind und wie viele Schulsozialarbeiter/innen derzeit insgesamt an Wiesbadener Schulen tätig sind;
 - b) zu prüfen und zu berichten, ob bei der Zuordnung Umschichtungen vorgenommen werden können, wenn sich der Bedarf ändert;
 - c) zu berichten, wie bei den Wiesbadener Schulen das Übergangsverhalten der Schüler/innen zwischen den einzelnen Schulformen ist (Abbrecherproblematik)
 - vom Gymnasium zu IGS, Realschule, Hauptschule, in ein Ausbildungsverhältnis vor Erreichen des Abiturs,
 - von der Realschule zu IGS und Hauptschule;
 - d) zu berichten, ob das Übergangsverhalten Auswirkungen auf die Notwendigkeit bzw. Inanspruchnahme von Schulsozialarbeit hat.
4. Die CDU-Rathausfraktion erwartet, dass nach der Aussprache zu den Punkten b-d im zuständigen Ausschuss die Fragen auch umgehend schriftlich beantwortet der Fraktion zur weitergehenden Auswertung zur Verfügung gestellt werden.
5. Weiterhin erwartet die CDU-Rathausfraktion vom Magistrat schnellstmöglich Auskunft und Begründung, ob und warum zum heutigen Zeitpunkt der Entscheidung schon feststeht, dass weder im zuständigen Dezernat noch in der Stellenreserve der Gesamtverwaltung die benötigten Stellen zur Schulsozialarbeit aus dem beschlossenen Stellenplan heraus besetzt werden können.
6. Ebenso erwartet die CDU-Rathausfraktion schnellstmöglich vom Magistrat Auskunft und Begründung, ob und warum zum heutigen Zeitpunkt der Entscheidung schon feststeht, dass im zuständigen Dezernat die Kosten der erweiterten Schulsozialarbeit nicht aus dem beschlossenen Haushaltsplan heraus getragen werden können.

In der festen Erwartung , dass der Magistrat die gestellten Fragen nachträglich umgehend und erschöpfend sowie zufriedenstellend beantwortet, stimmt die CDU Rathausfraktion der o.g. Sitzungsvorlage auf Grund der außergewöhnlichen Lage im Vorgriff auf die Antworten unter den weiteren Voraussetzungen zu, dass

Seite 9 der Niederschrift über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 18. März 2020

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

- sämtliche Überleitungsmittel des Dezernates für die Finanzierung herangezogen werden und
- der Magistrat zu Beginn des neuen Jahres unaufgefordert berichtet, wie er die Finanzierung gestaltet hat.

0069 20-V-52-0002

Sporthalle Schelmengraben, Dotzheim: Generalsanierung - Ausführungsvorlage

Einstimmig

0070 20-V-52-0004

Investitionszuschuss für die Turn- und Sportgemeinschaft 05 e. V. Mainz-Kostheim für den Umbau des vereinseigenen Tennenplatzes in einen Naturrasensportplatz

Einstimmig

0071 20-V-53-0002

Zuschusswesen - Vorabfreigabe von Haushaltsmitteln

Einstimmig

0072 20-V-53-0004

Bundessymposium "Gesundes Städte-Netzwerk" - Mittelfreigabe

Einstimmig

0073 20-V-66-0301

Bericht zur Verkehrssicherung Fahr-, Gehwege - Mehrkosten Jahresabschluss 2019

Einstimmig

0074 20-V-66-0302

Umgestaltung der Rheinuferfläche, Kransand 1. BA - Mehrkosten

Umsetzung auf TO I, dann auf die nächste Sitzung verschoben

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0075 20-V-66-0304

Fahrbahndeckenerneuerung in WI und AKK 2020

Einstimmig

0076 Anzeigepflicht gem. § 26a HGO

Kenntnisnahme

0090 20-V-06-0002

Beitragsverzicht im Rahmen des § 13 der Kindertagesstättensatzung und analoge Anwendung auf Freie Träger von Kindertagesstätten

Aufnahme in die Tagesordnung mit 2/3-Mehrheit;

Einstimmig

NÖ Tagesordnung II

0077 20-V-20-0005

Bürgschaft Nr. 640 - Übernahme einer modifizierten Ausfallbürgschaft zugunsten der WJW - Wiesbadener Jugendwerkstatt GmbH

Einstimmig

Anlagen

Wiesbaden, .04.2020

Vorsitzender

Schriftführer

Belz

Dr. Heimlich